

NATIONALRAT
Wintersession 2019

Fragestunde vom 16. Dezember 2019

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement des Innern

19.5642 Weichelt. Röteln-Impfung

Es wird immer schwieriger Einzelimpfungen in der Schweiz zu erhalten. Entscheidet sich eine Familie für die Röteln-Impfung, ist diese in der Schweiz im Moment nur als Dreifachimpfung Masern-Mumps-Röteln erhältlich. Dies widerspricht sowohl dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen als auch der Therapiefreiheit der Ärztin oder des Arztes.

- Welche Möglichkeiten hat der Bundesrat um die Einzelimpfung zugänglich zu machen?
- Was unternimmt er konkret dafür?

19.5647 Roduit. IV-Expertisen: Werden genauere Informationen nur entsprechend dem gewünschten Ergebnis angefordert?

Ein Chefarzt und Experte der IV hat kürzlich in der Presse bekannt gegeben, dass die IV nur dann genauere Informationen anfordert, wenn er eine Arbeitsunfähigkeit mit Anspruch auf eine Rente attestiert, aber nie, wenn er die Person als arbeitsfähig taxiert.

- Ist dies eine systematische Vorgehensweise?
- Falls ja, ist sie mit der Offizialmaxime vereinbar?
- Falls nein, gibt es genauso viele Rückfragen, wenn der Experte keine Arbeitsunfähigkeit mit Anspruch auf eine Rente attestiert?

19.5649 Munz. Warum werden zwei Metaboliten von Chlorothalonil abweichend von der EU als nicht relevant beurteilt?

Auf meine Ip. 19.4204 schreibt der Bundesrat: Die Schweiz verfüge nicht über die Ressourcen, um allein das zu erreichen, was die EU-Staaten bei der Zulassung von Pestiziden gemeinsam leisteten. Aus Effizienzgründen basiere die Überprüfung der Produkte in der Schweiz auf den Folgerungen des EU-Verfahrens. An anderer Stelle schreibt er, der Bund habe zwei Chlorothalonil-Metaboliten abweichend von der EU als nicht relevant beurteilt.

- Weshalb?
- Warum hatte er gerade hier zusätzliche Ressourcen?

19.5650 Munz. Klare Stellungnahme zur Klassifizierung des Chlorothalonil-Metaboliten R471811?

Der Bundesrat antwortete auf die Fragen 19.5539, 19.5549 und 19.5555 zur Einstufung des Chlorothalonil-Metaboliten R471811 durch den Bund leider nur ausweichend. Darum frage ich noch einmal direkt:

- Wurde der Chlorothalonil-Metabolite R471811 in der EU kürzlich als relevant eingestuft und wenn ja, warum?
- Wurde der Chlorothalonil-Metabolite R471811 in der Schweiz ebenfalls als relevant eingestuft und wenn nein, warum nicht?

19.5651 Wasserfallen Flavia. Wie hoch ist der Frauenanteil bei den betreuenden Angehörigen nun effektiv?

In der vom BAG publizierten Studie "Bedürfnisse und Bedarf von betreuenden Angehörigen nach Unterstützung und Entlastung - eine Bevölkerungsbefragung" steht, dass der Frauenanteil bei den betreuenden Angehörigen bei 54 Prozent liege. Bisherige Studien gehen aber davon aus, dass der Frauenanteil viel höher liegt wie auch in der am Freitag publizierten Strategie Gesundheit2030.

- Wie erklärt der Bundesrat diese Diskrepanz?
- Welche Auswirkung hat dies auf die Validität der eingangs erwähnten Studie?

19.5655 Bregy. MeteoSchweiz - Wetterprognosen und Unwetterwarnungen?

Wetterprognosen erscheinen zunehmend ungenauer (so am Wochenende vom 23./24.11.2019), gleichzeitig stellt man eine starke Zunahme von Unwetter-/Wetterwarnungen (z.B. bei Schneefall) fest, die sich oft nicht begründen lassen.

- Besteht eine systematische Auswertung der Wetterprognosen? Wie sieht diese aus?
- Gibt es verbindliche Regeln für (behördliche) Unwetter-/Wetterwarnungen, respektive eine Zusammenarbeit mit und Regeln für die anderen Wetteranbieter wie z.B. SRF Meteo oder MeteoNews?

19.5661 Fluri. Sind die Metaboliten von Chlorothalonil nun gefährlich und ein Problem oder nicht?

Auf meine Ip. 19.4250 antwortet der Bundesrat: Bei den relevanten Metaboliten von Chlorothalonil sei nicht belegt, dass sie gesundheitsgefährdend seien. Auf meine Frage 19.5555 sagt er, dass das BLV die Gefährlichkeit dieser Metaboliten festgestellt habe und sie tatsächlich ein Problem darstellten.

- Sind diese Metaboliten nun gefährlich und ein Problem?
- Wenn nein, warum sagt dies der Bundesrat und fordert die Trinkwasserversorger auf, innert einem Monat Sofortmassnahmen zu ergreifen?

19.5662 Masshardt. Kann man gleichzeitig zu krank für Eingliederung und trotzdem 100 Prozent arbeitsfähig sein?

- Wie ist es möglich, dass die IV einer arbeitswilligen Frau berufliche Massnahmen aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustands verweigert - ihr aber kurz darauf auch den Weg Richtung IV-Rente versperrt, da ein umstrittenes Gutachten von Dr. K. (IV-Einkommen 2018 334 000 Fr.) sie für 100 Prozent arbeitsfähig sieht?

- Wie ist es möglich, dass die IV auf ein solches Gutachten abstellt, obwohl die Krankentaggeldversicherung selber, die das Gutachten in Auftrag gab, es nach Kritik nicht mehr berücksichtigt?

19.5665 Gysi Barbara. Sind gewinnorientierte Unfallversicherungen neutral?

Gemäss Rechtsprechung gilt die obligatorische Unfallversicherung (UVG) im Verwaltungsverfahren als neutral und unabhängig, ebenso deren Gutachten. Diese Gerichtspraxis gilt auch für private, gewinnorientierte Unfallversicherungen.

- Sieht der Bundesrat einen Widerspruch zwischen der Neutralitätsfiktion und der Gewinnstrebigkeit privater Unfallversicherungen?
- Wäre es nicht sachgerechter, die Neutralitätsfiktion für private Unfallversicherungen und ihre Gutachten aufzugeben?

19.5671 Regazzi. Teure Systemumstellung ohne Einbezug der betroffenen KMU?

Entwurf und Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule enthalten eine Regelung in Artikel 69 E-BVG zur Entschädigung von Vermittlungstätigkeiten, die nicht Gegenstand der Vernehmlassungsvorlage war. Die SGK-N sah dazu im Mai auch keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Daher folgende Fragen:

- Wurden KMU-Unternehmen als Hauptbetroffene konsultiert und wenn nein, warum nicht?
- Steht dazu bereits eine Verordnung und wenn ja, wer wurde dazu konsultiert?

19.5682 Aebi Andreas. Kostenabwälzung auf die Landwirtschaft für das Informationssystem Antibiotika in der Veterinärmedizin

Die Umsetzung des Informationssystems Antibiotika in der Veterinärmedizin ist ein sinnvolles Projekt. Es zeigt sich nun aber, dass in der Praxis die Mehraufwände der Veterinäre auf die Landwirte abgewälzt werden.

- Ist diese Entwicklung im Sinne des Bundesrates?
- Widerspricht dies nicht dem Auftrag nach Artikel 8 der entsprechenden Verordnung über das Informationssystem Antibiotika in der Veterinärmedizin, wonach das BLV für die wirtschaftliche Umsetzung zuständig ist?

19.5699 Bertschy. Verdienen sich IV-Gutachtende eine goldene Nase?

Gemäss einem im Beobachter vom 6. Dezember 2019 zitierten Chefarzt verdienen IV-Gutachtende bis zu 5 Mal mehr, als wenn sie therapeutisch arbeiten.

- Stimmt dies?
- Falls ja, erachtet der Bundesrat das als gerechtfertigt und warum?
- Falls nein, wie viele Stunden Therapiesitzungen müsste der bestverdienende Gutachter leisten, um auf das gleiche Einkommen zu kommen?
- Ist es korrekt, dass Gutachtende, die seriös arbeiten und Begutachtete vor ihrer Beurteilung mehrmals sehen, faktisch weniger Fr./h verdienen?

19.5700 Müller-Altarmatt. Schreiben sich die IV-Gutachter beliebig oft selber ab - und kassieren dafür?

Ein Arzt aus Bern hat in 15 IV-Gutachten (entgegen der Einschätzung der behandelnden Ärzte) eine hundertprozentige Arbeitsfähigkeit attestiert und dabei eine wörtlich identische Beurteilung abgegeben, z.B. inklusiv gleichen krankheitsfremden Ursachen, die zu Eingliederungsproblemen führen. Als beim 16. Fall der Wechsel des Gutachters verweigert wird, schreibt der Arzt wieder ab. Der Arzt bezog seit 2012 IV-Honorare in der Höhe von 3,1 Millionen.

Entspricht Kopieren gängigen Qualitätskriterien?

19.5703 Arslan. Armut - die soziale Zeitbombe

Die Armut in der Schweiz hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Gemäss einer Analyse von Caritas sei inzwischen auch die Kinderarmut ein grosses Problem, das sich häufig im Erwachsenenalter fortsetze und ein Leben lang Konsequenzen mit sich bringe.

- Wie gedenkt der Bundesrat in dieser prekären Situation aktiv zu werden?
- Welche Massnahmen wird der Bundesrat ergreifen, um diese immer grösser werdende Schere und folglich Armut, insbesondere Kinderarmut, zu bekämpfen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**19.5653 Lohr. Inaktivitätsquote**

Die jüngst veröffentlichte WHO-Studie zeigt, dass sich ein Grossteil der Schweizer Jugendlichen, insbesondere die Mädchen, zu wenig bewegen und die Schweiz sehr weit entfernt ist, der WHO-Empfehlung, sich täglich mindestens eine Stunde lang körperlich zu bewegen, nachzukommen.

- Was unternimmt der Bund, damit die Inaktivitätsquote der Schweizer Jugendlichen abnimmt?
- Ist sich der Bund der Problematik bewusst, dass sich die Mädchen in der Schweiz noch weniger als Jungen bewegen?

19.5658 Molina. Abschiebung eines mutmasslichen IS-Terroristen. Drückt sich die Schweiz vor der Verantwortung?

Es mehren sich die Indizien, dass sich die Schweiz mit der Abschiebung eines mutmasslichen IS-Terroristen und Mitarbeitenden des Geheimdiensts MIT in die Türkei vor ihrer Verantwortung bei der Strafverfolgung drückt und die Sicherheit in der Region gefährdet.

Bezugnehmend auf die Frage 19.5578 (Büchel) bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie reagiert der Bundesrat auf Spionage-Aktivitäten und IS-Mitgliedschaften in der Schweiz?
- Wird den Beschuldigten in der Schweiz der Prozess gemacht?

19.5677 Wermuth. Die Schweiz als Eldorado für europäische Neonazis - sind die Behörden auf dem rechten Auge blind?

Unter europäischen Expertinnen und Experten ist inzwischen unbestritten, dass sich die Schweiz als sicherer Rückzugsort für die kontinentale Neonaziszene etabliert hat. Neue Medienberichte über Neonazitreffen in der Innerschweiz legen erneut nahe, dass die Behörden mit dieser Gefahr lasch umgehen.

- Hat der Bundesrat vor, dem zweifelhaften Ruf der Schweiz in dieser Frage entgegen zu wirken?
- Wenn ja, wie?
- Wenn ja, wann?

Finanzdepartement**19.5684 Marti Samira. OECD-Reform. Mindeststeuersatz ist im Sinne des Schweizer Fiskus'**

Der Bundesrat steht in den OECD-Verhandlungen gegen die Einführung eines Mindeststeuersatzes ein, mit der Begründung, es schränke die Wettbewerbsposition der Schweiz ein. Allerdings würde eine Vereinheitlichung einen verbindlichen Rahmen schaffen, so dass die Schweiz ihre Konkurrenzstandorte wie Irland oder Niederlande nicht mehr dauernd steuerlich unterbieten müsste und damit den Fiskus schonen könnte. Wie erklärt der Bundesrat diese kategorisch ablehnende Verhandlungsposition?

19.5685 Gugger. Gibt es bei der Revitalisierung Kreditreste oder müssen Nachtragskredite gestellt werden?

Zum Antrag "Revitalisierung" im Voranschlag 2020 sagte Bundesrat Maurer: "In den letzten Jahren hatten wir in diesen Bereichen in der Regel Kreditreste, weil die Kantone die entsprechenden Beiträge nicht abholen konnten."

In derselben Debatte wurde angeführt, dass 2018 und 2019 für die Revitalisierung Nachtragskredite gestellt werden mussten.

Wie hat sich die Beitrags-Situation seit dem Kompromiss zu "Lebendiges Wasser" entwickelt - über welche Beträge mussten Nachtragskredite gestellt werden?

19.5692 Meyer Mattea. OECD-Reform. Wie berechnet der Bund die massiven Ausfälle?

Im Rahmen der Säule 1 soll nur ein kleiner Teil der Gewinne eines multinationalen Konzerns umverteilt werden, vor allem in konsumentennahen Industrien und dort, wo ein eher grosser Anteil der Gewinne auf Immaterialgüterrechte zurückgehen.

Trotzdem rechnet der Bundesrat mit massiven Steuerausfällen (6 Mia. CHF).

Kann der Bundesrat erklären, mit welchen volkswirtschaftlichen Zahlen gerechnet wird und anhand welcher steuerlich relevanten Aktivitäten welcher Branchen sich diese Summe zusammensetzt?

19.5697 Schläpfer. Überfälle auf Geldkurier in der Romandie

Die Kriminellen gelangen offenbar immer aus Frankreich in die Schweiz.

Ist der Bundesrat bereit, Massnahmen zu ergreifen?

1. Die Landesgrenze gegenüber Frankreich besser zu überwachen?
2. Zuzugeben, dass die offenen Grenzen die Anzahl von Verbrechen in der Schweiz markant steigert?
3. Bei der französischen Regierung zu intervenieren und ebenfalls bessere Überwachung der Grenzen Ihrerseits zu verlangen?
4. An jedem Grenzübergang stationäre Kameras aufzustellen?

19.5698 Friedli Esther. OECD-Besteuerung ("Besteuerung der digitalen Wirtschaft"). Änderung von Prinzipien zum Nachteil der Schweiz

Das neue OECD-Besteuerungsprojekt stellt verschiedene Grundsätze der liberalen Marktwirtschaft in Frage.

Offenbar gelingt es der Schweiz nur schwerlich, ihren Interessen in diesem Gremium Nachdruck zu verleihen.

1. In welchen Bereichen hat die OECD in den letzten fünf Jahren der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft geholfen und folglich das Schweizer Steuersubstrat erhöht?
2. Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass die Schweiz den Austritt aus der OECD prüfen müsste, zumindest als Variante?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**19.5635 Locher Benguerel. Resultate zu Pisa- Studie. Massnahmen sind gefordert im Bereich der Leseförderung**

Gemäss Resultaten der Pisa Studie erreichen 24 Prozent der Getesteten die Mindestkompetenzen im Lesen nicht. Dies zeigt dringenden Handlungsbedarf auf, denn Lesen ist eine Grundkompetenz. Da Pisa ein gemeinsames Projekt von Bund und den Kantonen ist, steht auch der Bund in der Verantwortung, im Wissen darum, dass die Hoheit der Volksschule bei den Kantonen liegt.

- Wie gedenkt der Bundesrat mit den Ergebnissen der Pisa Studie umzugehen?
- Plant er Massnahmen insbesondere im Bereich der Leseförderung?

19.5637 Quadri. Wird der Normalarbeitsvertrag für Hausangestellte verlängert?

Am 20. Oktober 2010 hat der Bundesrat die Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft erlassen. Darin werden die entsprechenden Mindestlöhne festgelegt. Die Verordnung wurde zuerst bis zum 31. Dezember 2016 und dann bis zum 31. Dezember 2019 verlängert.

Will der Bundesrat diese Verordnung ein weiteres Mal verlängern, angesichts der Gefahr, dass sich lächerlich tiefe Löhne verbreiten könnten vor allem auch wegen der unbegrenzten Verfügbarkeit von kostengünstigen Grenzgängerinnen und Grenzgängern?

19.5644 Töngi. Wozu lässt der Bund nicht-repräsentative Studien erstellen?

Die Bundesämter für Energie und Wohnungswesen haben eine Studie zu umfassenden Sanierungen erstellen lassen. Sie zeigt, dass der heutige Überwälzungssatz zu hoch ist. Er liegt nicht bei den mietrechtlich erlaubten 50 bis 70 Prozent, sondern zwischen 34 und 58 Prozent. Doch der Bundesrat will keine Konsequenzen ziehen, da die Studie nicht repräsentativ sei.

- Lässt der Bund öfters Studien erstellen, die nicht repräsentativ sind?
- Wozu dienen Studien, die nach der Definition des Bundesrates nicht repräsentativ sind?

19.5656 Gutjahr. Flexibilisierung der Beitragspflicht in den ALV-Fonds

Arbeitsmarktliche Massnahmen sowie Kosten für die Vermittlung werden auf Stufe Bund mit 0,159 Prozent sowie auf Stufe Kanton mit 0,053 Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme finanziert. Durch die gestiegene Anzahl Arbeitnehmende und damit verbunden höheren Lohnsummen, sind die Beiträge in den vergangenen Jahren offensichtlich gestiegen.

Wie stellt sich der Bundesrat dazu, dass die prozentualen Beiträge flexibler ausgestaltet und in Relation zur Arbeitslosenquote gesetzt werden?

19.5666 Töngi. Fonds de roulement - kein Zinsgewinn?

Der Bund kann das Geld für den Fonds de roulement zu günstigeren Zinskonditionen aufnehmen als dieses den Wohnbaugenossenschaften weitergegeben wird. Gemäss Antwort 19.5588 mache er auf Grund der Verwaltungskosten und dem Risiko von Ausfällen aber keinen Gewinn.

- Wie hoch war die Zinsdifferenz in Millionen Franken in den letzten 10 Jahren?
- Wie hoch waren die Verwaltungskosten?
- Wie hoch waren die Ausfälle?

19.5668 Estermann. Die Zukunft der französischen Schule in Bern (EFIB): Professionelle Unterstützung durch Stadt und Kanton Bern in Bezug auf neuen Standort versus gleichgültige Haltung Frankreichs?

In einem offenen Brief vom 4. Dezember 2019 richtet sich der französische Botschafter an die Eltern der Kinder der französischen Schule in Bern. Er unterstreicht, dass er mit den bisherigen Bestrebungen, welche vom Vereinsvorstand, der Stadt und dem Kanton Bern koordiniert unternommen wurden um ein neues Gebäude zu finden, nicht zufrieden sei. Ein teurer externer Berater soll es in seinen Augen schneller richten. Wie beurteilt der Bundesrat die Wichtigkeit der Schule und das Verhalten Frankreichs?

19.5683 Trede. Wirkt das aktuelle Vorgehen des Bundes betreffend Metaboliten stabilisierend auf den Vollzug in den Kantonen?

Laut Bundesrat führt die Website des BLW eine Liste mit aktuell 183 Metaboliten von PSM (19.4295).

Damit die kantonalen Trinkwasserschutzbehörden ihre Analysen auf die wichtigsten Metaboliten konzentrieren könnten, sei zudem eine Liste mit 59 relevanten Metaboliten veröffentlicht worden (19.5559):

- Wann genau wurden diese Listen im 2019 angepasst, in welcher Weise und warum?
- Sind diese Listen nun vollständig oder bis wann werden sie es sein?

19.5686 Gugger. Wie oft verschiebt der Bundesrat den Widerruf von Chlorothalonil noch?

In der EU ist Chlorothalonil schon länger als vermutlich krebserregend eingestuft, einige seiner Metaboliten als möglicherweise genotoxisch (19.4288). Der SBV hat seine Mitglieder mehrfach aufgerufen, den Stoff nicht mehr zu verwenden, der Kanton Bern fordert vom Bund, ihn zu verbieten. Der Bundesrat hat aber, obwohl er laut PSMV (Art. 31, 67 und 69) dazu in der Lage wäre (19.4359), noch keinen Entscheid gefällt, obwohl er diesen schon mehrfach angekündigt hat. Was ist der Stand der Dinge?

19.5696 Haab. Stickstoffemissionen. Führen die staatlichen Vorgaben zu höheren Ammoniakemissionen?

Gemäss Antwort des Bundesrates auf die Frage 19.5631 sanken die Ammoniakemissionen in der Landwirtschaft seit 2000 nur unwesentlich.

- Trifft es zu, dass die tierfreundliche Stallhaltung in der Schweiz mit Laufställen, Offenfront- Stallungen und integrierten Laufhöfen zu höheren Ammoniakemissionen führt?
- Wie hoch ist im Vergleich zum Jahre 2000 der prozentuale Anteil der Nutztiere die in solchen tierfreundlichen Stallungen gehalten werden?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

19.5638 Chevalley. Stopp der Verschwendung, Stopp der Zerstörung von neuen Produkten!

Artikel 30 Absatz 1 des Umweltschutzgesetzes (USG) hält fest: "Die Erzeugung von Abfällen soll soweit möglich vermieden werden."

- Könnte der Bundesrat, gestützt auf diesen Artikel, die Zerstörung von neuen Produkten, die nicht verkauft wurden, auf dem Verordnungsweg verbieten?
- Weiss der Bundesrat, wie gross die Menge an solchen Produkten in der Schweiz ist? Verschwendung ist umso absurder, wenn es billiger ist, eine Ware zu zerstören, als Menschen zu finden, die sie nutzen könnten.

19.5639 Chevalley. Die SBB bauen die internationalen Verbindungen am Tag aus, in der Nacht aber nicht. Warum ist das so?

Warum ist das, was am Tag möglich ist, nicht auch in der Nacht möglich?

Die SBB erhöhen das Angebot an internationalen Zugverbindungen, jedoch nur am Tag. Einige Fahrten dauern mehr als sieben Stunden. Das heisst, dass man für die Reise fast einen ganzen Tag aufwenden muss. Ein Tageszug kann mit dem Flugzeug konkurrieren, wenn die Reise nicht länger als drei bis vier Stunden dauert. Ist die Reise länger, so ist das Flugzeug aber klar attraktiver. Dann gewinnt der Zug nur mit Nachtverbindungen die Oberhand gegenüber dem Flugzeug.

19.5640 Chevalley. Nachtzüge: Bleiben die SBB Mitläufer oder werden sie selber aktiv?

Momentan erweitern die SBB das Angebot an Nachtzügen nur durch die Zusammenarbeit mit den ÖBB. Sind die SBB dazu bereit, eine aktive Rolle in diesem Bereich zu spielen oder muss sich die Schweizer Bevölkerung auf andere internationale Anbieter verlassen? Die ÖBB zeigen, dass es möglich ist, die Nachtverbindungen auszubauen. Für Reisen innerhalb Europas müssen dringend Alternativen geboten werden. Die SBB zeigen jedoch keinerlei Bereitschaft zu schnellem Handeln.

19.5641 Chevalley. Nachtzüge auch in Richtung Süd- und Westeuropa

Laut einer Mitteilung der SBB sind keine Zugverbindungen durch die Süd- und die Westschweiz in Richtung Italien und Spanien geplant.

Wäre der Bundesrat dazu bereit, eine internationale Ausschreibung zu lancieren, wenn die SBB in dieser Hinsicht nicht aktiv werden wollen?

Man kann nicht Fluggäste bestrafen, wenn den Reisenden keine klimafreundliche Alternative zur Verfügung steht.

19.5643 Weichelt. Jagdverordnung

Im Mai 2020 soll das Referendum zum Jagdgesetz zur Abstimmung kommen. Um die Auswirkungen der Änderungen eines Gesetzes beurteilen zu können, ist die Verordnung wesentlich. Wenige Wochen vor der Abstimmung den Entwurf der Jagdverordnung in die Vernehmlassung zu geben, ist zu knapp.

Ich bitte den Bundesrat mitzuteilen, wie sein Terminplan bezüglich Jagdverordnung aussieht, ob die rechtzeitige Veröffentlichung garantiert ist und was die wesentlichen Punkte der Verordnung beinhalten.

19.5652 de Courten. Aufwertung des Bahnhofs Pratteln durch Verlängerung der Bahnhof-Perrons

Pratteln gehört zu den prosperierendsten Gemeinden der Nordwestschweiz. Die Gemeindebehörden fordern darum eine Aufwertung des Bahnhofs. Bei der SBB stossen sie aber auf taube Ohren. Für das ESAF 2022 sollen die Perrons nun für viel Geld verlängert werden - allerdings nur provisorisch. Die SBB lehnen eine definitive Verlängerung ab, weil der Planungsprozess ein anderer sei, der Unterhalt nicht geregelt sei und ein Angebotskonzept fehle.

Hält er Bundesrat die SBB-Argumente für stichhaltig?

19.5654 Fivaz Fabien. Direkte Aufnahme von verschmutzten Boden durch Kinder: Reichen die laschen Vorschriften in der Schweiz aus, um die Gesundheit der Kinder zu schützen?

Die direkte Aufnahme von verschmutzten Böden durch Kinder ist ein von der WHO anerkanntes Risiko. Im März 2019 hat der Bundesrat die Senkung der Blei- und PAK-Werte auf Spielplätzen in der Altlasten-Verordnung (AltIV) in die Vernehmlassung geschickt, mit dem Ziel, diese an die weit tieferen internationalen Standards anzupassen. Diese Revision berücksichtigt jedoch nur Böden von Standorten, die durch Abfälle belastet sind.

Wird der Bundesrat auch die Werte in der unklaren Verordnung über Belastungen des Bodens (VBBo) anpassen?

19.5664 Amaudruz. Anstellung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern bei der SBB. Unterstützt der Bundesrat diese Praxis?

Die SBB haben in Genf und Lausanne 60 Personen als Kundenbegleiterinnen und -begleiter eingestellt, davon sind anscheinend 56 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die ihre erste Stelle in der Schweiz antreten. Die Ausbildung zur Kundenberaterin oder zum Kundenberater verlangt keine besonderen Vorkenntnisse und dauert nur acht Monate. Aus diesem Grund könnte die Ausbildung problemlos von einheimischen Arbeitssuchenden absolviert werden.

Kann der Bundesrat prüfen, ob die SBB die Stelle zuerst für einheimische Arbeitskräfte ausgeschrieben haben?

19.5667 Müller-Altermatt. Was tut der Bundesrat gegen die Stickstoffeinträge aus der Luft?

Stickstoff- und Ammoniaketräge aus der Luft schädigen empfindliche Lebensräume, weit über das Landwirtschaftsgebiet hinaus. Betroffen sind 98 Prozent der Hochmoore, 95 Prozent der Wälder, 76 Prozent der Flachmoore und 49 Prozent der Trockenwiesen in der Schweiz.

Welche konkreten Massnahmen hat der Bundesrat während der letzten Jahre zur Senkung dieser Emissionen ergriffen - insbesondere zur Reduktion des Stickstoffimports - und welche messbaren Erfolge konnten damit erzielt werden?

19.5669 Grossen Jürg. Nationalstrasse Bielersee. Ergebnisoffener Dialog oder voreilige Fakten durch Strassenausbau

Der Bund plant den Ausbau der Nationalstrasse entlang des nördlichen Bielerseeufers und treibt den Bau des Twanntunnels weiter voran und damit auch die Enteignung von Wohnhäusern und Reben.

- Inwiefern rechtfertigt sich dieses Vorgehen, während gleichzeitig in Biel der Ausbau der gleichen Nationalstrasse sistiert wurde und ein ergebnisoffener Dialogprozess die weiteren Schritte prüfen soll?

- Wie verhindert der Bund, dass in Twann Fakten geschaffen werden, die dem Dialog in Biel zu wider laufen?

19.5670 Mäder. Gefahr eines Datenstaus im Mobilfunknetz

Gemäss 5G-Fachbericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung droht ein Datenstau da insbesondere im Siedlungsgebiet beim Mobilfunknetz unter den aktuellen Rahmenbedingungen nur 2 Prozent der Anlagen über genügend Reserven verfügen.

1. Was wären die Konsequenzen Bevölkerung und Wirtschaft eines Datenstaus?

2. Möchte der Bundesrat einen Datenstau verhindern?

Wenn ja, setzt er auf den Bau zusätzlicher Anlagen oder auf Anpassung der Rahmenbedingungen?

3. Was ist der Zeitplan des Bundesrates?

19.5674 Kutter. Flugplatz Dübendorf

Am 28. November 2019 orientierte das UVEK die Medien über zwei bis anhin ungeahnte bewilligungskritische Fragen zur Umnutzung des Militärflugplatzes Dübendorf in ein ziviles Flugfeld mit Bundesbasis wie vom Bundesrat am 3. September 2014 beschlossen. Wie und wann wird der Bundesrat die offenen Fragen klären (Zeitplan) um sicherzustellen, dass keine Neuausschreibung notwendig wird und bisherige Beschlüsse zur Dreifachnutzung (insb. Beschluss Regierungsrat Zürich RRB37/2017) nicht gefährdet werden?

19.5675 Aebischer Matthias. Nördliches Bielerseeufer. Ist der Plan nachhaltig?

- Inwiefern rechtfertigt es sich, die Nationalstrasse N5 weiter auszubauen, obwohl diese quer durch eine Landschaft von nationaler Bedeutung (BLNV) und denkmalgeschützte Dörfer gebaut wird?
- Wie will der Bundesrat diese schützenswerte Landschaft erhalten und gleichzeitig die Nationalstrasse weiter ausbauen?
- Welche Massnahmen plant der Bundesrat, um die Lebensqualität für alle Bewohnerinnen und Bewohner des nördlichen Bielerseeufers sowie die Uferzone in seiner Schönheit zu erhalten?

19.5676 Steinemann. Die Antwort des Bundesrates auf den Atomkraft-Einmischungsbrief aus Berlin

Der Presse bzw. einer Medienmitteilung des UVEK liess sich entnehmen, dass das deutsche Umweltministerium eine schnellstmögliche Abschaltung des AKW Beznau fordert. Zudem sollen die verbleibenden drei Atomkraftwerke "zeitnah" ihren Betrieb einstellen. Hinter dem Schreiben an Bern steht die parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter, ehemals Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Waldshut. Welchen Wortlaut hat die Antwort des Bundesrates?

19.5678 Büchel Roland. Vorarlbergische Bürgermeister wollen beim Verfassungsgerichtshof klagen, weil das Parlament in Wien 23 mautfreie Kilometer in Vorarlberg beschlossen hat. Dies hat Folgen für das St. Galler Rheintal

Autos und LKWs fahren in den Grenzzonen ab der Autobahn, durch Wohngebiete über die Grenze und dann wieder auf die A13 (CH) oder die A14 (A). Nun hat das österreichische Parlament auch noch einer Vignettenbefreiung des Autobahnabschnitts zwischen Hörbranz und Hohenems zugestimmt.

- Welche Folgen hat das für den Verkehr in Gemeinden im St. Galler Rheintal, v.a. in Diepoldsau?
- Wird es auch an Autobahnausfahrten (Widnau, Kriessern, Au) zu vermehrten Staus kommen?
- Was unternimmt der Bundesrat?

19.5680 Friedl Claudia. Benötigt der Aal als vom Aussterben bedrohte Art einen speziellen Schutz?

Der Aal wird in der Neubeurteilung der roten Liste als vom Aussterben bedrohte Art eingestuft. Damit steigt seine Schutzbedürftigkeit. Jetzt im Herbst häufen sich die Beobachtungen von schwerst verletzten und verendeten Blankaalen, die auf der Laichwanderung flussabwärts in die Turbinen der Laufkraftwerke geraten. Für die Aale ist die Überlebensrate bis in die Nordsee praktisch bei Null. Hat der Bundesrat eine Strategie, wie der Aal als vom Aussterben bedrohte Art besser geschützt werden kann?

19.5681 Aebi Andreas. Wer entscheidet über die Forschungsschwerpunkte im Bafu?

In EAWAG News Juni 2009 sind die Ergebnisse einer Studie zur Dynamik von Biozid- und Pestizideinträgen publiziert worden. Dabei wurde untersucht, welche Quellen für Einträge dieser Stoffe hauptverantwortlich sind.

Zitat: "Der urbane Raum trägt wesentlich zur Gewässerbelastung bei."

- Warum wurde auf Basis der Studie nur die Landwirtschaft als Verursacher untersucht?
- Wer entscheidet über die Forschungsschwerpunkte des Bafu?
- Wer hat entschieden, dass der Fokus auf die Landwirtschaft zu richten sei?

19.5687 Hess Erich. Wie lange braucht das Astra, um eine Frage zu beantworten?

Am 6. November 2019 publizierten Medien einen Bericht über die Stadt Genf, die mit einer Vignettenpflicht den Zugang von Autos in die Stadt regulieren will. Tags darauf habe ich bei der Medienstelle des Astra telefonisch Fragen gestellt, aber bis heute trotz Nachfrage keine Rückmeldung erhalten.

Wie lange dauert es beim Astra, bis eine einfache Frage eines Nationalrats beantwortet wird?

19.5688 Hess Erich. Genfer Fahrverbote für Autos

Genf hat eine Regelung erlassen, die Autobesitzer zum Kauf eines Aufklebers verpflichtet. Damit will es regulieren können, wer in die Stadt fahren darf.

1. Auf welchen bundesgesetzlichen Grundlagen erlässt Genf eine solche Vignettenpflicht mit damit verbundenen Fahrverboten?
2. Verstossen solche Regelungen gegen Bundesrecht?
3. Falls keine gesetzlichen Grundlagen existieren oder gegen Bundesrecht verstösst: Was gedenkt der Bundesrat gegen die Einführung solcher Massnahmen zu unternehmen?

19.5689 Candinas. Nachfrage zur Motion 19.4332 "Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen" (1)

Sieben Jahre brauchte das Bazl, um 2011 den ersten GPS-gestützten Anflug auf das Inselspital zu bewilligen. Für das USZ und das KSW dauerte die Bewilligung acht Jahre. In seiner Antwort schreibt der Bundesrat, dass das LFN bis Ende 2020 fertig gestellt und betriebsbereit sei.

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass alle Spitäler des Netzwerks der hochspezialisierten Medizin (HSM) und weitere kritische Infrastrukturen bei jedem Wetter von Helikoptern ab 1. Januar 2021 angefliegen werden können?

19.5690 Candinas. Nachfrage zur Motion 19.4332 "Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen" (2)

- Ist es richtig, dass der Bundesrat die Wichtigkeit des LFN als notwendige, sicherheitsrelevante Infrastruktur zur Schliessung bestehender Versorgungs- und Sicherheitslücken im Rahmen des Bevölkerungsschutzes bei Naturkatastrophen oder Terroranschlägen sowie der medizinischen Grundversorgung für die gesamte Schweizer Bevölkerung und insbesondere der Randregionen anerkennt?
- Wie stellt er die zeitnahe Fertigstellung des Projekts bis Ende 2020 sicher?

19.5691 Roduit. Verbot der Landessprachen für den nichtgewerbsmässigen Sichtflug: dringliche vorübergehende Ausnahmen

Frau Sommaruga hat im Ständerat erklärt, dass sie sich nicht länger gegen die Motion 19.3531, welche im Nationalrat auf breite Zustimmung stösst, stellen wird. Auf dem Flugplatz in Sitten sind die Nutzerinnen und Nutzer am meisten davon betroffen. Einige Flugplätze, beispielsweise Locarno oder La Chaux-de-Fonds, profitieren bereits von vorübergehenden Ausnahmen und sind weiterhin zweisprachig. Ist der Bundesrat bis zur Anpassung der Verordnung über den Flugsicherungsdienst (VFSD) bereit, die Ausnahme mit sofortiger Wirkung auf alle Flugplätze auszuweiten?

19.5693 Bertschy. Emission von Stickstoff- und Ammoniak. Wo steht die Schweiz im europäischen Vergleich?

In der Antwort auf die Frage 19.5631 gibt der Bundesrat Auskunft über die Emission von Ammoniak in der Schweiz; sagt aber nicht, wie hoch diese liegen im Vergleich zu anderen Ländern Europas. Ich bitte den Bundesrat, Auskunft zu geben darüber, seit wie vielen Jahren die Schweiz im europäischen Vergleich bei der Bekämpfung der Überschüsse von Stickstoff und Ammoniak zu den Schlusslichtern gehört und warum sich diese Emissionen in den letzten 20 Jahren kaum verändert haben.

19.5694 Wobmann. Entsorgung der Akkus von Elektroautos

Laut einem Medienbericht können in Österreich die Akkus von Elektroautos nicht entsorgt werden. Konkret ging es um eine 600 kg schwere Batterie eines Tesla Autos. Wie wird dieses Problem in der Schweiz gelöst?

19.5695 Feller. Wie viele schwere Motorwagen (über 3,5 Tonnen) sind pro Nacht in der Schweiz unterwegs?

Artikel 91 Absatz 3 Buchstabe a der Verkehrsregelnverordnung (VRV) sieht vor, dass schwere Motorwagen (über 3,5 Tonnen) nachts zwischen 22:00 Uhr und 05:00 Uhr nicht fahren dürfen. Artikel 91a Absatz 1 VRV sieht bestimmte Ausnahmen vom Nachtfahrverbot vor. So ist der Transport von Schnittblumen (Buchstabe i) zulässig. Kann der Bundesrat die Gesamtzahl der nachts in der Schweiz fahrenden schweren Motorwagen nennen?

Bundeskanzlei

19.5636 Romano. Ausserparlamentarische Kommissionen und Gremien. Missachtet der Bundesrat die Sprachenvielfalt wieder?

Kürzlich wurden die ausserparlamentarischen Gremien für die Amtsperiode 2020-2023 gesamthaft neu bestellt. In diesen strategisch-beratenden Gremien müssen alle Kreise des Landes vertreten sein.

- Haben die Departemente alles Mögliche getan, auch mit einschneidenden praktischen Massnahmen, um die Sprachenvielfalt sicherzustellen?
- In wie vielen Gremien ist keine italienischsprachige Person vertreten?
- Gibt es Gremien, in denen keine französisch- und keine italienischsprachige Person vertreten ist?
- Ist der Bundesrat insgesamt mit dem Ergebnis zufrieden?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

19.5648 Meyer Mattea. Skandal um Schweizer Hochseeflotte. Waffenlieferung nach Saudi-Arabien?

Schweizer Medien berichteten, dass im Sommer 2019 auf einem Schiff der Schweizer Hochseeflotte schwere Waffen aus Serbien nach Saudi-Arabien transportiert worden seien, welches in einen blutigen Konflikt in Jemen involviert ist.

- Wie wird der Bundesrat diesen Vorwürfen nachgehen?

Der Transport von Kriegsmaterial durch oder über die Schweiz ist neutralitätsrechtlich verboten.

- Gilt dies auch für extraterritoriale Waffentransporte, wenn Schweizer Schiffe involviert sind?

19.5657 Molina. Kleiner werdender Spielraum für die Zivilgesellschaft in Israel. Teilt der Bundesrat die Besorgnis?

Am 25. November 2019 wurde der Länderverantwortliche für Israel und Palästina von Human Rights Watch, Omar Shakir, aus Israel ausgewiesen. Dies ist nur eines von zahlreichen Beispielen für den kleiner werdenden Spielraum für die Zivilgesellschaft. Die EU kritisierte die Ausweisung entsprechend.

- Wie unterstützt der Bundesrat die Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern Israel/Palästina?

- Hat die Schweiz Israel ihr Missfallen über die Ausweisung von Omar Shakir mitgeteilt?

19.5659 Molina. Putsch in Bolivien. Wie reagiert die Schweiz?

Seit dem 12. November 2019 ist Evo Morales in Mexiko im Exil. An seiner Stelle proklamierte sich Jeanine Anez selbst zur Präsidentin Boliviens. Seither hat die Gewalt im südamerikanischen Land gemäss der Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte massiv zugenommen.

- Wie beurteilt der Bundesrat die Situation allgemein und den Machtwechsel im Speziellen?

- Wie reagiert er darauf?

- Welchen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte leistet er?

19.5701 Reynard. Bolivien: Gewalt in Folge des Staatsstreiches

Seit dem 20. Oktober befindet sich Bolivien in einer Krisensituation. Die verfassungsmässige Regierung wurde von der Polizei und der Armee zum Rücktritt gezwungen. Seitdem häufen sich Gewaltakte gegenüber Staatsangestellten und gegenüber Abgeordneten der Mehrheit.

Würde der Bundesrat angesichts der schweren Verbrechen gegen unbewaffnete Zivilpersonen Anstrengungen unterstützen, dass die internationale Strafjustiz oder eine "Wahrheitskommission" die Vorkommnisse in Bolivien untersucht?

19.5702 Wermuth. Situation in Bolivien

Können nach Ansicht des Bundesrates die "De-Facto-Regierung", ihre Erlasse und die in diesem Kontext "erlassenen" Gesetze im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen und der Zusammenarbeit mit unserem Land als rechtmässig und legitim angesehen werden?

19.5660 Fehlmann Rielle. Algerien. Die demokratischen Freiheiten werden mit Füßen getreten

Während der Demonstrationen in den letzten Monaten wurden ungefähr 150 Personen festgenommen, allein weil sie ihre Meinung geäußert haben. Eine der festgenommenen Personen ist Louisa Hanoune, die durch ihr Engagement für Frauenrechte und demokratische Freiheiten Bekanntheit erlangt hat und nun in einem Schnellverfahren zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde.

Wäre es nicht die Pflicht der Schweiz - ohne sich in die politische Debatte in Algerien einzumischen -, bei der algerischen Regierung zu intervenieren und die Notwendigkeit der Achtung der Meinungsfreiheit zu bekräftigen?

Justiz- und Polizeidepartement

19.5663 Amaudruz. Projekt Papyrus: Einhaltung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer durch den Kanton Genf

Das Genfer Projekt Papyrus ist am 31. Dezember 2018 ausgelaufen. Bis zu diesem Datum konnten die Dossiers für die Legalisierung des Aufenthalts eingereicht werden. Dieses Experiment hatte zum Ziel, Ausländerinnen und Ausländern, welche den Weg der Illegalität gewählt hatten, Aufenthaltsbewilligungen zu erteilen. Um zu verhindern, dass Sans-Papiers, welche die Kriterien nicht erfüllen, ein Dossier einreichen und so die Ausschaffung riskieren, wurden die Dossiers von Organisationen und Gewerkschaften vorgeprüft.

Wie hat Genf diejenigen Dossiers gehandhabt, die die Kriterien von Papyrus nicht erfüllt haben?

19.5672 Regazzi. Trusts in der Schweiz. Wo stehen wir?

Die parlamentarische Initiative 16.488 "Aufnahme des Rechtsinstituts des Trusts in die schweizerische Gesetzgebung" wurde am 13. Dezember 2016 eingereicht und am 20. Oktober 2017 bzw. am 26. April 2018 von den Rechtskommissionen beider Räte angenommen. Sie beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen für die Einführung des Rechtsinstituts des Trusts in unsere Gesetzgebung.

Ich frage den Bundesrat:

- Wo stehen die Arbeiten der Expertengruppe, die mit der Erarbeitung von Vorschlägen zur Regulierung des Trusts aus rechtlicher und steuerlicher Sicht betraut ist?
- Wann wird die entsprechende Botschaft vorliegen?

19.5673 Regazzi. Verzugszinssatz des Bundes. Wie geht es weiter?

Am 29. September 2016 reichte ich die parlamentarische Initiative 16.470 "Verzugszinssatz des Bundes. Anpassung an Marktzinsen" ein. Sie wurde von beiden Kommissionen für Rechtsfragen des Parlaments angenommen. Die Initiative verlangt, dass der im Obligationenrecht festgelegte Verzugszinssatz von 5 Prozent durch eine Regelung ersetzt wird, die den Verzugszinssatz an die allgemeine Entwicklung der Marktzinssätze anbindet. Ich frage den Bundesrat:

- In welchem Stadium ist die Botschaft des Bundesrates zur verlangten Gesetzesänderung?
- Wann wird sie unterbreitet?

19.5679 Addor. Sicherheit in Asylzentren

In der Sonntagspresse wurde publik gemacht, dass das SEM entschieden hat, auf die Durchsuchung von Kindern und Kleinkindern beim Eintritt in ein Asylzentrum zu verzichten und stattdessen eine einfache visuelle Kontrolle durchzuführen.

Könnte diese Meldung nicht dazu führen, dass Kinder und Kleinkinder instrumentalisiert werden, um die Sicherheitskontrollen zu umgehen?

Sollte diese Entscheidung nicht rückgängig gemacht werden?

Bundesgericht**19.5646 Crottaz. Ist die Bevölkerung insgesamt bei guter Gesundheit?**

Die Bundesrichterin Alexia Heine, die sich bei mehreren Entscheiden bezüglich der IV als sehr streng erwies, schreibt in einem Essay, dass die Menschen bei guter Gesundheit seien.

- Ist eine Bundesrichterin, die solche Aussagen macht, in der Lage, unvoreingenommen über Menschen mit gesundheitlichen Problemen zu richten?
- Unterscheiden sich ihre Urteile von denjenigen anderer Richter, die der Ansicht sind, dass es Menschen gibt, die bei guter Gesundheit sind, aber auch Menschen, die krank sind und eine Rente beziehen dürfen?

Büro**19.5645 Nicolet. Zwei Flaschen Wein aus der Schweiz als Dankeschön**

Im Parlament kommt es regelmässig vor, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Dienst ausscheiden - sei es aus Altersgründen oder wegen einer Neuorientierung - und dass Ratsmitglieder demissionieren. Es ist üblich, dass der Präsident oder die Präsidentin des Parlaments zu diesem Anlass einen Blumenstrauss überreicht.

Könnten wir zusätzlich zum Blumenstrauss zwei Flaschen Wein aus der Schweiz überreichen und so unsere Verbundenheit zu unseren lokalen Produkten kundtun?